

Prof. Dr. Constanze Janda

Lehrstuhl für Sozialrecht
und Verwaltungswissenschaft

Wintersemester 2019/20

S 101 Seminar

„Europäisches Arbeits- und Sozialrecht“

Mittwoch 10.15 – 11.45 Uhr, Hörsaal 4

Programm (Stand: 30.10.2019)

Inhalte

Das Recht der sozialen Sicherheit bildet zwar eine ureigene Materie des nationalen Rechts. Es ist - ebenso wie das Arbeitsrecht - gleichwohl in vielerlei Hinsicht durch europarechtlichen Regelungen determiniert. Das Seminar geht der Kompetenzverteilung zwischen EU und Mitgliedstaaten nach, analysiert harmonisierende und koordinierende europäische Regelungen und nimmt aktuelle Entwicklungen auf europäischer Ebene in den Blick. Neben einer Bestandsaufnahme der geltenden Regelungen wird aktuelle Rechtsprechung des EuGH diskutiert.

Vorausgesetztes Wissen

Es werden keine spezifischen Vorkenntnisse vorausgesetzt.

Lernziele

Ausgehend von spezifischen Seminarthemen gewinnen die Studierenden einen Überblick über die Grundlagen und Strukturen des europäischen Arbeits- und Sozialrechts. Sie sind in der Lage, die verschiedenen Dimensionen des "sozialen Europas" zu reflektieren und können das nationale Recht wie auch rechtspolitische Vorschläge zur Reform des Arbeits- und Sozialrechts anhand europarechtlicher Vorgaben würdigen.

Allgemeine Hinweise

Die Studienleistung besteht aus einer Seminararbeit im Umfang von 15 Seiten, einem Seminarvortrag von ca. 20 Minuten; erwartet wird zudem die aktive Mitarbeit in der Veranstaltung.

Die Veranstaltung steht Studierenden aller Studiengänge offen. Gasthörer werden zugelassen, sollten sich aber möglichst erst persönlich in der Veranstaltung anmelden, um über das Online-System keine Plätze für Teilnehmer zu blockieren, die ein Referat halten wollen.

Literaturhinweise

- Eichenhofer, Sozialrecht der Europäischen Union, 7. Auflage 2018 [A IV b 4992(7)];
- Fuchs/Marhold, Europäisches Arbeitsrecht, 5. Auflage, Wien 2017 [A IV b 5106(5)];
- Kocher, Europäisches Arbeitsrecht, Baden-Baden 2016 [E V b 70];
- Preis/Sagan, Europäisches Arbeitsrecht, 2. Aufl., Köln 2019 [A IV b 8020(2)];
- Schiek, Europäisches Arbeitsrecht, 4. Auflage, Baden-Baden [soll im Dezember 2019 erscheinen];
- Schlachter/Heinig, Enzyklopädie des Europarechts, Band 7: Europäisches Arbeits- und Sozialrecht, Baden-Baden 2016 [A IV b 7455-7a; A IV b 7455-7v; N 128I];
- Thüsing, Europäisches Arbeitsrecht, 3. Auflage, München 2017 [E V b 72(3)].

Postfach 14 09 · 67324 Speyer
Freiherr-vom-Stein-Str. 2 · 67346 Speyer
Telefon: +49(0)6232-654-364
Sekretariat +49(0)6232-654-359
Telefax: +49(0)6232-654-418
E-Mail: janda@uni-speyer.de
Internet: www.uni-speyer.de/janda

Mögliche Referatsthemen:

1. Arbeits- und sozialrechtliche Kompetenzen der Europäischen Union
2. Die Offene Methode der Koordinierung in der sozialrechtlichen Gesetzgebung
3. Der Begriff des Arbeitnehmers im deutschen und im europäischen Recht
(Thema vergeben: Vortrag am 20.11.2019 in Hörsaal 5)
4. Der Gehalt der Freizügigkeit für Arbeitnehmer im Primär- und Sekundärrecht nach der VO (EU) 492/2011
5. Der sozialrechtliche Teilhabeanspruch aus Art. 18, 20, 21 AEUV
(Thema vergeben: Vortrag am 27.11.2019)
6. Grundprinzipien der Sozialrechtskoordinierung, Art. 4-10 VO (EG) 883/2004
7. Die Bestimmung des zuständigen Staats für die soziale Sicherung, Art. 11 ff. VO (EG) 883/2004
8. Voraussetzungen und Rechtsfolgen der Entsendung von Arbeitnehmern im Arbeits- und Sozialrecht
9. Die Koordinierung der Leistungen bei Krankheit und Pflegebedürftigkeit
10. Die Koordinierung der Leistungen bei Arbeitslosigkeit
11. Die Koordinierung der Leistungen zur Alterssicherung
12. Die Koordinierung von Leistungen bei Invalidität
13. Die Koordinierung von Leistungen bei Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten
14. Die Koordinierung von Familienleistungen
15. Die Koordinierung besonderer beitragsunabhängiger Geldleistungen
16. Europarechtliche Vorgaben zur Gleichbehandlung im Beschäftigungsverhältnis
17. Rechtsfragen der Arbeitnehmerüberlassung
18. Voraussetzungen und Rechtsfolgen des Betriebsübergangs
19. Die Arbeitnehmermitbestimmung im Europäischen Betriebsrat
20. Die Rechtsprechung des EuGH zur Zulässigkeit von Arbeitskämpfen im Lichte der Grundfreiheiten